



Recht gut informiert

Newsletter Ihrer
Bundestagsabgeordneten

Nr. 09

Liebe Leserinnen und Leser,

im Deutschen Bundestag arbeiten wir weiter intensiv an dem versprochenen Politikwechsel. 45 neue Gesetze wurden in der vergangenen Woche eingebracht und 6 Gesetze verabschiedet.

Dazu gehören auch steuerliche Erleichterungen für die Bürgerinnen und Bürger: Die Erhöhung der Pendlerpauschale auf 38 Cent ab dem ersten Kilometer sowie die Übungsleiter- und Ehrenamtszuschale auf 3.300 bzw. 960 Euro. Und nicht zu vergessen die Senkung der Mehrwertsteuer in der Gastronomie.

Die nächsten wichtigen Schritte, um unser Land zukunftsfest zu machen, hat die Regierung ebenfalls schon verabredet. Dazu zählen Investitionen in die Infrastruktur in Höhe von 166 Mrd. Euro, die Absicherung der Rente durch klare Haltelinien, die Ausweitung der Mütterrente, die Stärkung der Betriebsrente und die Einführung der Aktivrente.

Neben diesen Sachthemen war ein besonderes Highlight für mich der Besuch von gleich zwei 10. Klassen der Gesamtschule Hagen-Haspe. Ich bin immer wieder beeindruckt, wie aufmerksam unsere Jugend die Politik vor Ort, im Bund und auf internationaler Ebene verfolgt.

Zuletzt durfte ich in dieser Sitzungswoche zwei Reden halten; zur Innen- und zur Rechtspolitik. Dazu aber gleich noch mehr.

Nun wünsche ich Ihnen eine angenehme Lektüre.

Ihre Tijen Ataoğlu



Migrationswende in vollem Gange: Die Turbo-Einbürgerung ist Geschichte

Deutschland ist und bleibt ein Einwanderungsland. Daran kann es keinen Zweifel geben. Gleichwohl ist die Integration in unsere Gesellschaft ein Prozess, der eine angemessene Zeit benötigt. Mit der Streichung der sog. Turbo-Einbürgerung und der Rückkehr zur Voraufenthaltszeit von fünf Jahren geben wir diesem wichtigen Prozess wieder den Raum, die Zeit und den Stellenwert zurück, den er braucht.

Drei Jahre sind schlicht zu kurz, um die vielfältigen Herausforderungen der Integration erfolgreich zu meistern. Hastige Express-Einbürgerungen vermitteln eher den Eindruck, die Staatsbürgerschaft wäre eine bloße Formalität, die man beliebig abkürzen könnte. Das ist sie nicht. Sie ist viel mehr als das. Sie ist ein Versprechen an unser Land und unsere Gemeinschaft.

Innenminister Alexander Dobrindt treibt deshalb wie kein zweiter die versprochene Migrationswende voran: Die Abschaffung der Turbo-Einbürgerung in Verbindung mit Grenzkontrollen, Zurückweisungen und der Aussetzung des Familiennachzugs verdeutlichen das unmissverständlich.



Foto: Büro Tijen Ataoglu, MdB

Zwei Reden im Plenum - zwei wichtige Themen

Am Donnerstag durfte ich gleich zu zwei Themen reden. Leider erfahren immer noch zu viele Menschen wegen ihrer sexuellen Identität Nachteile im Alltag. Um das zu ändern, möchte die Fraktion der Grünen das Grundgesetz ändern und dieses Merkmal in den Schutzkatalog des Artikel 3 aufnehmen. So richtig das Anliegen ist, so sehr habe ich Zweifel, dass dieser Ansatz sinnvoll ist. Denn bereits jetzt schützt die Verfassung rechtlich gesehen alle Menschen umfassend vor Diskriminierung. Die Änderung wäre mehr Symbolik als Lösung. Vielmehr müssen wir im konkreten Fall ausgeübte Diskriminierung ernst nehmen und konsequent verfolgen. Nur so können wir Gerechtigkeit herstellen. Meine volle Rede gibt es hier: <https://dbtg.tv/cvid/7636307>

Weiter ging es dann um die Pläne der EU für eine anlasslose Überprüfung privater Kommunikation, z.B. bei WhatsApp. Auch wenn sie auf schwerwiegende Straftaten wie Terrorismus oder Kinderpornografie beschränkt sein soll, geht uns als Union eine anlasslose Kontrolle zu weit.

Der Staat sollte zwar die Möglichkeit haben, in der digitalen genauso wie in der realen Welt ermitteln zu dürfen, damit Kriminelle keine Rückzugsräume haben. Das heißt aber auch, dass die selben strengen Voraussetzungen eingehalten werden müssen. Eine Chat-Kontrolle ohne konkreten Tatverdacht und richterliche Anordnung ist schlichtweg falsch. Meine volle Rede können sie hier sehen: <https://dbtg.tv/cvid/7636969>

Kein Bürgergeld mehr: Es kommt die neue Grundsicherung

Deutschland ist ein Sozialstaat. Abgesichert durch die Verfassung bekommt in diesem Land jeder Unterstützung, wenn er sie benötigt. Das ist richtig so, denn die Hilfe für Schwächere ist nicht nur ein Gebot der Menschlichkeit, es ist auch ein Garant für den Frieden in unserer Gesellschaft.

Solidarität ist aber keine Einbahnstraße. Wer Hilfe möchte, muss seinen Teil dazu beitragen, soweit er es kann. Mit dem von der Ampel-Regierung eingeführten Bürgergeld ist dieser Aspekt deutlich zu kurz gekommen. Dies korrigieren wir nun. Das Bürgergeld wird abgeschafft und wir führen eine neue Grundsicherung ein. Unser Ziel ist es, erwerbsfähige arbeitslose Menschen dauerhaft in Beschäftigung zu bringen.

Damit das gelingt, müssen Arbeitssuchende aktiv mitwirken. Wo Mitarbeit verweigert wird, muss es Konsequenzen geben. Wer keine Termine einhält oder Arbeit nicht annimmt, erhält daher Stück für Stück keine Leistungen mehr. Härtefälle sind selbstverständlich ausgenommen.

Der Vorrang für Vermittlung in Arbeit wird wieder zur Geltung kommen. Denn wir nehmen den Grundsatz "Fördern und Fordern" sehr ernst. Angesichts des Fachkräftemangels können wir es uns zudem schlichtweg nicht leisten, dass fähige Menschen im Sozialleistungsbezug verharren und ihr Potenzial ignoriert wird.

Unser Land steht vor großen Herausforderungen und diese können wir nur meistern, wenn alle an einem Strang ziehen und ihr Bestes für unser Land geben.

Impressum:

Nr. 9 | 13. Oktober 2025

Herausgeber:

Bundestagsbüro Tijen Ataoglu, LL.M., MdB

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon: 030/227-70928

E-Mail: tijen.ataoglu@bundestag.de

V.i.S.d.P.: Tijen Ataoglu, LL.M., MdB